

## 2.2 Zeitgeschichtlicher Hintergrund

## 2.2 Zeitgeschichtlicher Hintergrund

Das Volksstück *Geschichten aus dem Wiener Wald* spielt am Ende der 1920er Jahre in Österreich. Diese Zeit ist geprägt durch die Weltwirtschaftskrise, die auch in Österreich durch hohe Arbeitslosigkeit spürbar war. Außerdem entwickelte sich eine zunehmende innenpolitische Radikalisierung, begannen heftige Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und rechtsnationalen Gruppierungen. Konkrete Bezüge zur Zeitgeschichte lassen sich in einigen Szenen direkt nachweisen: Erster Weltkrieg, Antisemitismus und Rassismus, Rivalität der Preußen und Österreicher bzw. der Hohenzollern und Habsburger.

### ZUSAMMEN- FASSUNG

Ödön von Horváth schreibt, das Stück spiele „in unseren Tagen, und zwar in Wien, im Wiener Wald und draußen in der Wachau“ (HL S. 2/R S. 6). Es bietet sich also an, den zeitgeschichtlichen Hintergrund der Jahre 1918–1938 vor allem in Bezug auf Österreich in den Blick zu nehmen:

Der **Erste Weltkrieg** endete am 11. November 1918 für die verbündeten Mittelmächte (Österreich-Ungarn, Deutsches Reich, Osmanisches Reich und Bulgarien) mit einer militärischen **Niederlage**, die zu gravierenden territorialen und staatlichen Veränderungen führte. Das Deutsche Reich musste im **Versailler Vertrag** massive Gebietsabtretungen akzeptieren. Schon am 9. November musste Kaiser Wilhelm II. als letzter Amtsträger der Hohenzollern-Dynastie aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung, aus der Armee und aus dem Parlament seinen Rücktritt erklären. In einer öffentlichen

Politische Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg

Deutschland

## 2.2 Zeitgeschichtlicher Hintergrund

Erklärung gab der amtierende Reichskanzler Prinz Max von Baden bekannt:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geklärt sind. Es ist beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfes wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.“<sup>1</sup>

Noch am selben Tag erklärte der SPD-Abgeordnete Philipp Scheidemann Deutschland zur Republik:

„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt [...]; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Er und seine Freunde sind verschwunden, über sie hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt. Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe

---

<sup>1</sup> Die Abdankung des Kaisers im Dokumentenarchiv online: [http://www.documentarchiv.de/wr/1918/abdankung-kaiser\\_eri.html](http://www.documentarchiv.de/wr/1918/abdankung-kaiser_eri.html) (Stand Juli 2019).

## 2.2 Zeitgeschichtlicher Hintergrund

darin, diesen glänzenden Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen [...]. Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue. Es lebe die deutsche Republik!“<sup>2</sup>

Ähnlich verläuft die Entwicklung in der kaiserlich-königlichen Monarchie Österreich-Ungarn: **das Reich der Habsburger bricht auseinander**, es entstehen voneinander unabhängige Nationalstaaten, der verbliebene Kleinstaat Österreich wird unter dem Namen Deutsch-Österreich zu einer parlamentarischen Republik. Nach dem Waffenstillstand vom 4. November 1918 und der kurz darauf erfolgten Selbstauflösung der Armee ging die letzte Klammer verloren, welche die Gesamtmonarchie zusammenhielt. Am 11. November 1918 unterschrieb Kaiser Karl I. von Österreich, dem de facto längst die Macht abhanden gekommen war, schließlich eine Erklärung, in der er auf jegliche Beteiligung an den Regierungsgeschäften in der österreichischen Reichshälfte verzichtete. Zwei Tage später, am 13. November, folgte eine ähnliche Erklärung für die ungarische Reichshälfte. Karl weigerte sich jedoch abzudanken, da er sich von der göttlichen Vorsehung („von Gottes Gnaden“) mit der Funktion des Monarchen betraut sah. Diese Haltung ist symptomatisch für das monarchische Selbstverständnis der Habsburger-Dynastie. Kaiser Karl starb 1922 im Exil auf der portugiesischen Insel Madeira.

Österreich

Erst im Jahre 1919 kam es dann zu endgültigen Friedensverträgen mit den Siegermächten. Die deutsche Regierung musste in Versailles den Vertrag unterschreiben, der neben den Gebietsabtretungen auch Reparationen und die Anerkennung der Kriegsschuld

Friedensverträge  
1919

<sup>2</sup> Der Wortlaut zur Ausrufung der Republik online: <http://www.novemberrevolution.de/dokument.php?key=scheidemannrepublik> (Stand Juli 2019).

## 2.2 Zeitgeschichtlicher Hintergrund

beinhaltete. Am 10. September 1919 unterzeichnete die österreichische Regierung unter Staatskanzler Karl Renner den **Friedensvertrag von St.-Germain-en-Laye**, der ähnlich harte Bedingungen enthielt: nach Abtretung zahlreicher Gebiete verblieb Österreich ein Staatsgebiet mit nur mehr 84.000 km<sup>2</sup> und ca. 6,5 Millionen Einwohnern.

Wahlen 1919

Schon im Februar 1919 fanden in Österreich die ersten allgemeinen Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung statt, bei denen auch Frauen das gleiche Wahlrecht hatten. Wenige Tage vorher, am 19. Januar 1919 hatte es unter den gleichen Bedingungen Wahlen in Deutschland gegeben, bei denen die SPD zur stärksten Partei wurde. In Österreich bildete sich eine Koalition aus den Sozialdemokraten (SDAP) und den Christlichsozialen (CS).

Die folgenden Jahre waren in Österreich durch verschiedene Probleme geprägt:

Schwere wirtschaftliche Krisen in den 1920er Jahren

**Kriegsschulden, Arbeitslosigkeit und Inflation** führten zu schweren wirtschaftlichen Krisen. Immerhin gelang es durch Unterstützung aus dem Ausland (Völkerbundanleihe) und durch die Einführung der neuen Währung des Schillings eine gewisse Stabilität ab dem Jahre 1925 herzustellen. Die **Weltwirtschaftskrise**, ausgelöst durch den „Schwarzen Freitag“ in New York macht jedoch diese Erfolge wieder zunichte. Ab 1929 stieg die Arbeitslosigkeit von knapp neun auf 26 Prozent an. Aufgrund der mangelnden Konsumnachfrage gingen viele Selbstständige in Konkurs. Schließlich kam es 1931 noch zu einer **Bankenkrise**, als die größte österreichische Bank, die Österreichische Credit-Anstalt, zusammenzubrechen drohte.

Dieses Bündel wirtschaftlicher Krisen sorgte auch für eine **Verunsicherung des Mittelstandes**. Selbstständige, Kleinbürger, Angestellte, Facharbeiter und Degradierete aus der Aristokratie

## 2.2 Zeitgeschichtlicher Hintergrund

fürchteten einen weiteren sozialen Abstieg und sahen in der nationalsozialistischen Bewegung eine Hoffnung auf „Arbeit und Brot“. Sie wurden damit vor allem in Deutschland zur Wählerbasis der NSDAP.

Der **ideologische Gegensatz zwischen den beiden Regierungsparteien** nahm zu, bestärkte eine innenpolitische Polarisierung und führte schließlich ab dem Jahre 1929 zu einer unübersehbaren Radikalisierung. Schon 1927 hatten rechtsgerichtete Frontkämpfer bewaffnete Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen Bürgerwehren geführt, dabei wurden ein Mann und ein Kind getötet. Weil das Gericht die rechtsradikalen Täter freigesprochen hatte, kam es zu gewaltsamen Demonstrationen in Wien, die bürgerkriegsähnlichen Charakter annahmen (ca. 90 Tote).

Innenpolitische  
Polarisierung

Eine konstruktive Zusammenarbeit der Parteien im Parlament wurde immer schwieriger, die Zweifel an einer funktionierenden Demokratie in der Bevölkerung immer größer. So nutzte der ab 1932 amtierende parteilose **Bundeskanzler Engelbert Dollfuß** am 4. März 1933 eine Geschäftsordnungskrise im Nationalrat dazu, durch einen Bruch der Verfassung das Parlament auszuschalten. Fortan regierte er das Land fast diktatorisch auf der Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917. Im Mai 1934 beschloss der eigentlich machtlose Nationalrat, in dem auch alle Mitglieder der verbotenen Sozialdemokratischen Partei fehlten, eine neue Verfassung, die dem Prinzip einer Kanzlerdiktatur folgte und an den faschistischen Ständestaat Italien unter Mussolini erinnerte. Offiziell hieß das Land nun „Bundesstaat Österreich“.

Parallel zu den Entwicklungen in Deutschland erlebte Österreich einen Aufstieg der Nationalsozialistischen Partei unter dem Namen DNSAP: Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Diese Partei hatte in Österreich zwar nur bescheidenen Wahlerfolge, wurde aber durch die deutsche NSDAP massiv gestärkt und unterstützt.

Aufstieg der  
Nationalsozialisten